



Globalisierung darf Klimaschutzpolitik nicht unterlaufen

Eine CO₂-Abgabe der Produzenten energieintensiver Industriegüter ist dringend nötig. Die AG Handel begrüßt deshalb die Überlegungen der EU-Kommission – bekräftigt durch den Auftrag des Europäischen Rates vom Juli 2020 – im Rahmen des Green Deals einen Kohlenstoffgrenzausgleich (carbon border adjustment mechanism/ CBAM) einzuführen. Einige Grundbedingungen müssen dabei gegeben sein.

CBAM als Instrument im Kontext einer ambitionierten EU-Klimaschutzpolitik

Ein solcher Mechanismus muss in Rahmenbedingungen für einen global-gerechten Welthandel eingebettet werden, ohne dabei Kompromisse zu Lasten des Klimaschutzes, der Biodiversität oder der sozialen Gerechtigkeit – hier und insbesondere im Globalen Süden – einzugehen.

Prioritäres Ziel der EU muss die Umstellung der EU-Wirtschaft auf CO₂-freie Produktion sein. Dies erfordert regulative Vorgaben insbesondere für energieintensive Branchen, die zu höheren betriebswirtschaftlichen Kosten führen. Um die Verlagerung klimaschädlicher Produktion ins Ausland zu verhindern, müssen die tatsächlichen (Klima-)Kosten importierter Produkte angerechnet werden. Ein CBAM kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Ziel der EU muss die Umstellung der Wirtschaft auf CO₂-freie Produktion sein

Angesichts der unzureichenden oder komplett ausbleibenden Klimaschutzpolitik anderer Staaten ist ein CBAM gerechtfertigt, sofern er eine wirksame Politik der Treibhausgasreduzierung der EU unterstützt. Wir beziehen uns dabei auf die Forderungen deutscher Umweltverbände nach einer klimawissenschaftlich notwendigen Treibhausgasreduktion von mindestens 65% bis 2030. Voraussetzung für einen CBAM muss sein, dass die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten für die energieintensive Industrie im EU-Emissionshandel vollständig gestoppt wird.

CBAM ist nur ein Beitrag zu einer klimafreundlichen Umgestaltung der EU-Handelspolitik

Ein CBAM ist kein Allheilmittel, um die klimaschädlichen Auswirkungen des internationalen Handels zu reduzieren. Zu einer klimafreundlichen Umgestaltung der EU-Handelspolitik gehören unter anderem:

1. TECHNOLOGIETRANSFER

Die Ermöglichung von Technologietransfer an und inländischen Wertschöpfungsanforderungen (local content requirements) durch Handelspartner der EU im Bereich erneuerbarer Energien muss sichergestellt werden.

2. KLIMASCHUTZ GEWÄHRLEISTEN

Der Ausschluss bzw. Schutz von Klimaschutzmaßnahmen vor Handelsstreitigkeiten und Investorenklagen muss gewährleistet werden.

3. SUBVENTIONSABBAU

Subventionen für fossile und nukleare Energien müssen abgebaut werden.

4. REGIONALISIERUNG

Der Import von landwirtschaftlichen Produkten, die auf entwaldeten Flächen erzeugt wurden, muss durch eine Kombination aus stärker regionalisierten Wertschöpfungsketten, Anreizen für den Waldschutz und Vorgaben für entwaldungsfreie Lieferketten eingedämmt werden.



Verwendung der Einnahmen für Länder des Globalen Südens

Die Einführung eines CBAM berücksichtigt historische Treibhausgasemissionen nicht. Für diese trägt Europa, neben den USA, die weitaus größte Verantwortung. Sie gingen mit dem Aufbau der Industrie einher, die nun im Sinne des Klimaschutzes dekarbonisiert werden muss. Um den Ländern des Globalen Südens bessere Möglichkeiten zu eröffnen, eine eigene, klimaneutrale Wirtschaft aufzubauen, müssen Einnahmen aus einem CBAM für Anpassungs-, Klimaschutz und Treibhausgasvermeidungsmaßnahmen an sie weiter geleitet werden.

Auf Produktkategorien basierende, unternehmensbezogene Kohlenstoff-Ausgleichsabgabe

Wir empfehlen die Einführung einer Kohlenstoff-Ausgleichsabgabe für den Import von Produkten in CO₂- und energieintensiven Branchen wie Stahl, Aluminium, Zement und Grundstoffchemie. Sie sollte nicht in Branchen mit niedriger CO₂-Intensität oder geringen Energiekosten erhoben werden. Die Einführung des CBAM sollte nach einem klaren Fahrplan für verschiedene Produkte erfolgen. Die Abgabe sollte abhängig von der CO₂-Intensität des jeweiligen Produktionsprozesses erhoben werden. Es handelt sich dabei nicht um einen Zoll, der für alle Unternehmen eines Landes gleichermaßen gilt, sondern eine zweckgebundene Abgabe, die Unternehmen abhängig von den spezifischen Emissionen aus ihrer eigenen Produktion entrichten müssen.

Zweckgebundene Abgabe für Klimaschutzmaßnahmen

Wir schlagen vor, die Einnahmen aus der Abgabe zweckgebunden für Klimaschutzmaßnahmen in der EU und bei den Handelspartnern in Ländern des Globalen Südens zu verwenden. Die Abgabe soll zum einen klare Anreize für die Hersteller setzen, sich um eine Dekarbonisierung ihrer Produkte zu bemühen; und zum anderen Ausweichmanövern begegnen, bei denen multinational agierende Konzerne ihre Produktion in andere Länder verschieben, um strengere Emissions- und Produktionsvorschriften zu umgehen.

Dabei darf der Mechanismus nicht zu einer Diskriminierung der Länder des Globalen Südens führen, die die Weiterverarbeitung vorhandener Rohstoffe und eine höhere Wertschöpfung im eigenen Land fördern wollen, nicht zuletzt, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichwohl soll auch im Globalen Süden eine Dekarbonisierung befördert werden. Dabei muss Ländern des Globalen Südens durch die EU die entsprechende finanzielle und technische Unterstützung (uneingeschränkter Technologietransfer) für eine Umstellung auf CO₂-freie Produktionsverfahren bereitgestellt werden, sodass diese durch den CBAM keine Benachteiligung erfahren und ohne dabei neue politische oder technologische Abhängigkeiten zu schaffen.

Deshalb sollte die Auswahl adäquater neuer Technologien für die Umstellung auf CO₂-freie Produktionsverfahren in den betroffenen Staaten eigenständig, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und ohne Vorgaben der EU, erfolgen.

HERAUSGEBER UND KONTAKT

Tobias Reichert, Koordinator AG Handel; reichert@germanwatch.de

Nelly Grotefendt, Koordinatorin AG Handel in der Geschäftsstelle; grotefendt@forumue.de

Das Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert die Aktivitäten deutscher NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung.

Die AG Handel im Forum Umwelt und Entwicklung ist die Expert*innen-Gruppe für internationale Handelspolitik und vernetzt Akteure der deutschen Umwelt- und Entwicklungs-NGOs.



**Forum Umwelt
und Entwicklung**